

Markus Wessel

Die umweltgefährdende
Abfallbeseitigung
durch Unterlassen

Eine straf- und
verwaltungsrechtliche Untersuchung



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Gliederung**Die umweltgefährdende Abfallbeseitigung durch Unterlassen**

Eine straf- und verwaltungsrechtliche Untersuchung

Einführung (Gang der Darstellung)	- 1 -
1. Teil	
Die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen und die einzelnen Merkmale des Tatbestandes	- 3 -
I Der Abfallbegriff	- 3 -
1) bewegliche Sache	- 3 -
2) der Besitz	- 5 -
a) öffentlich-rechtlicher Besitz	- 5 -
b) bürgerlich-rechtlicher Besitz	- 10 -
c) eigene Ansicht	- 11 -
3) Der subjektive Abfallbegriff	- 15 -
a) Übereinstimmungen und Gegensätze in der Literatur	- 16 -
b) eigene Ansicht	- 18 -
4) Der objektive Abfallbegriff	- 20 -
a) Der Wert einer Sache	- 21 -
b) Das Gebotensein der Entsorgung	- 21 -
c) Die Abwägung	- 22 -
d) eigene Ansicht	- 23 -
5) Abfallarten und Terminologie	- 27 -
a) Differenzierung nach dem Abfallgesetz	- 27 -
b) Differenzierung nach dem Strafgesetzbuch	- 28 -
aa) Gifte und Erreger enthaltende Abfälle	- 29 -
bb) explosionsgefährliche und selbstentzündliche Stoffe	- 29 -

II

cc)	radioaktive Stoffe	- 29 -
dd)	Abfälle mit der Eignung zur nachhaltigen, nachteiligen Veränderung der Umwelt	- 31 -
II	Die Tathandlung der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung	- 32 -
1)	Beseitigung und Überlassung bzw. Ablieferung	- 32 -
a)	verwaltungsrechtliche Sicht	- 33 -
b)	strafrechtliche Sicht	- 34 -
c)	eigene Ansicht	- 35 -
2)	Beseitigungshandlungen	- 37 -
a)	verwaltungsrechtliche Sicht	- 37 -
b)	strafrechtliche Sicht	- 38 -
3)	außerhalb einer zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren	- 39 -
a)	Verwaltungsakzessorietät	- 39 -
b)	außerhalb einer zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschrieben oder zugelassenen Verfahren	- 42 -
aa)	Anlage	- 42 -
bb)	zugelassen	- 42 -
cc)	das Fehlen zugelassener Anlagen oder vorgeschriebener Verfahren	- 44 -
dd)	die wesentliche Abweichung von einem zugelassenen oder vorgeschriebenen Verfahren	- 44 -
ee)	Duldung mit rechtfertigender Wirkung	- 46 -

III

(1)	aktive und passive Duldung	- 47 -
(2)	Ermessensentscheidungen	- 48 -
(a)	zugelassenes oder vorgeschriebenes Verfahren	- 48 -
(b)	die Entscheidung über die Sonderabfall- eigenschaft eines Stoffes	- 50 -
e)	die erschlichene Duldung	- 50 -
III	Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	- 52 -

2. Teil

	Die Begehung der umweltgefährdenden Abfall- beseitigung durch Unterlassen	- 54 -
A.	Die Strafbarkeit einer Unterlassung	- 54 -
B.	Die Entwicklung der Garantenpflicht in der Rechtsprechung	- 56 -
I	Die Garantenpflichten aus Gesetzen	- 57 -
II	Die Garantenpflichten aus Verträgen oder tatsächlicher Übernahme der Gewähr für ein Schutzgut	- 59 -
III	Die Garantenpflichten aus besonderen Gemeinschaftsverhältnissen	- 62 -
IV	Die Garantenpflichten aus der Herbeiführung einer Gefahr durch den Unterlassenden	- 66 -
V	Die Garantenpflichten aus der Verantwortung für gefährliche Sachen	- 73 -
C.	Die neuere Lehre	- 76 -
I	Ausgangspunkt	- 76 -

II	Die verschiedenen Grundansätze der neueren Garantenlehren	- 79 -
1)	Darstellung der leading cases	- 79 -
a)	Der Grundfall	- 79 -
b)	Die wilde Abfallbeseitigung	- 80 -
c)	Der Verpächterfall	- 81 -
2)	Anwendung der Grundansätze auf den Überwachungsgaranten im Rahmen des § 326 StGB	- 82 -
a)	Vorüberlegung	- 82 -
b)	Die Garantenlehren mit sozial- ethischem Ausgangspunkt	- 83 -
aa)	ANDROULAKIS	- 83 -
bb)	BÄRWINKEL	- 86 -
cc)	BRAMMSEN	- 88 -
dd)	HENKEL	- 92 -
ee)	PFLEIDERER	- 93 -
ff)	HERZBERG	- 97 -
c)	Die Herleitung von Garantenpositionen aus Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnissen	- 101 -
aa)	NICKEL	- 102 -
bb)	VOGLER	- 104 -
cc)	WELP	- 105 -
d)	Garantiepositionen aus dem Gesichtspunkt der Gefährdung der Rechtsgüter des Opfers	- 112 -
aa)	ARZT	- 112 -
bb)	M.SCHULTZ	- 114 -
cc)	STREE	- 116 -
e)	Garantenpositionen aus der Herrschaft über die rechtsgutsgefährdenden Umstände	- 119 -
aa)	RUDOLPHI	- 119 -
bb)	SCHÜNEMANN	- 122 -

cc)	SANGENSTEDT	- 126 -
f)	Garantiepositionen aus dem Gesichtspunkt der Organisationszuständigkeit und der institutionellen Zuständigkeit	- 130 -
g)	Garantiepositionen aus der Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht	- 134 -
aa)	GALLAS	- 134 -
bb)	LANDSCHEIDT	- 136 -
3)	Eigenes Modell für die Begründung von Garantiepositionen zur Überwachung von Gefahren	- 140 -
a)	Der Fall der wilden Abfallbeseitigung und die Ansätze bei HERZBERG und JAKOBS	- 141 -
b)	Der Verpächterfall und der Ansatz bei WELP	- 144 -
c)	Die Notwendigkeit der Ergänzung des Herrschaftsgedankens und des Gesichtspunktes der Ingerenz	- 146 -
d)	Der Gedanke der Verkehrssicherung als ergänzendes Kriterium	- 148 -
e)	Zusammenfassung	- 155 -
4)	Der Beschützergarant im Rahmen des § 326 StGB	- 156 -
a)	Der Amtsträger als Beschützergarant	- 158 -
aa)	Die bejahenden Auffassungen	- 158 -
bb)	die verneinenden Auffassungen	- 160 -
cc)	Stellungnahme	- 163 -
b)	Der Abfallbeauftragte als Beschützergarant	- 166 -
aa)	Die bejahende Auffassung	- 168 -
bb)	Die entgegengesetzte Auffassung	- 169 -
cc)	Stellungnahme	- 171 -
III	Das zweite Gleichstellungserfordernis	- 174 -

IV	Der subjektive Tatbestand	- 175 -
1)	Die vorsätzliche Unterlassung der Abfallbeseitigung	- 176 -
2)	Die fahrlässige Unterlassung der Abfallbeseitigung	- 176 -
V	Der objektive Tatbestand des Versuchs	- 177 -
VI	Die Teilnahme durch Unterlassen	- 180 -
1)	Die Möglichkeit der Teilnahme <i>am</i> Unterlassen eines anderen	- 180 -
2)	Die Möglichkeit der Teilnahme <i>durch</i> Unterlassen eines anderen	- 181 -
a)	Die bejahenden Auffassungen in der Rechtsprechung und in der Literatur	- 181 -
aa)	Die Rechtsprechung	- 181 -
bb)	Die bejahende Auffassung von GALLAS	- 184 -
cc)	Die von HERZBERG und SCHÜNEMANN befürworteten Ausnahmen	- 184 -
b)	Die ablehnenden Auffassungen in der Literatur	- 187 -
aa)	Die Differenzierung nach dem Unrechtsgehalt	- 187 -
bb)	Die Beteiligung durch Unterlassen als aliud zur aktiven Beihilfe	- 188 -
cc)	Die Unterscheidung zwischen den Beteiligungsformen nach dem verwirklichten Unrechtserfolg	- 189 -
dd)	Die Ablehnung einer Unterscheidung mit dem Kriterium der Tatherrschaft	- 191 -
3)	Stellungnahme	- 192 -

3. Teil		
Die Delegation von Garantienpflichten und die Theorie der Geschäftsherrenhaftung		- 197 -
I	Der Umweltschutzbeauftragte mit mehr als den gesetzlichen Kompetenzen	- 197 -
1)	Die Voraussetzungen der Übertragung von Garantienpflichten in der Rechtsprechung	- 197 -
2)	Die Voraussetzungen einer Delegation von Garantienpflichten in der Literatur	- 201 -
a)	Die Delegation als Unterfall der Übernahme einer Schutzfunktion	- 201 -
b)	Die Delegation einer Überwachungsgarantenstellung	- 202 -
c)	Originärer und derivativer Erwerb einer Garantienstellung durch faktische Herrschaftsverlagerung	- 204 -
d)	Originäre und sekundäre Garantienstellung ohne Erlangung der Herrschaft	- 206 -
3)	Stellungnahme	- 208 -
a)	Garantienpflicht ohne Herrschaft ?	- 208 -
b)	Garantienstellung durch faktische Herrschaftübernahme ?	- 211 -
c)	Die rechtliche Qualität des Übertragungsaktes	- 212 -
II	Organe juristischer Personen und die Theorie der Geschäftsherrenhaftung	- 213 -
1)	Die Vertreter einer Theorie der Geschäftsherrenhaftung	- 216 -
a)	Geschäftsherrenhaftung aus dem Gesichtspunkt der Allmacht des Geschäftsherren	- 216 -
b)	Geschäftsherrenhaftung aus einem Autoritätsverhältnis	- 216 -
c)	Geschäftsherrenhaftung aus einem überlegenen Wissensfundus	- 219 -
d)	Geschäftsherrenhaftung aus dem Gesichtspunkt der Weisungsbefugnis	- 219 -

VIII

2)	Die Vertreter der Gegenmeinung	- 220 -
a)	Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit des Menschen	- 220 -
b)	Das Erfordernis eines sachlichen Grundes zur Verknüpfung des eigenen mit einem fremden Organisationskreis	- 221 -
c)	Die fehlende Vereinbarkeit der Theorie der Geschäftsherrenhaftung mit dem geltenden Recht	- 222 -
d)	Die fehlende Vergleichbarkeit betrieblicher Autoritätsverhältnisse mit den gesetzlich geregelten Sonderfällen	- 223 -
3)	Stellungnahme	- 224 -
4. Teil Sonderprobleme		- 230 -
I	Altlasten	- 230 -
1)	Unechte Altanlagen	- 232 -
2)	Echte Altlasten	- 233 -
II	Die Vorschrift des § 191 a StGB DDR i. d. F. des Einigungsvertrag	- 233 -
III	Die Rechtslage nach dem Regierungs- entwurf für das 2. Gesetz gegen die Umwelt- kriminalität (UKG)	- 235 -
1)	Die Regelung des § 326 StGB-E	- 235 -
2)	Die Aufsichtspflichtverletzung gem. § 261 StGB-E	- 238 -
3)	Die bisher geäußerte Kritik zu dem hier untersuchten Teil des Entwurfs	- 240 -
4)	Zusammenfassende Stellungnahme zum Entwurf	- 243 -